



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Stadtentwicklung aus europäischer Sicht

Einführung

Die europäischen Städte sind mit ihrer baulichen Erscheinung, ihrer Wirtschaft, ihrem kulturellen Leben und ihrer ethnischen Zusammensetzung ein Spiegel der Geschichte und Gegenwart des europäischen Kontinents. Die Stadtkultur ist es, was uns Europäer verbindet.

"Die Zukunft der Menschheit liegt in den Städten: in einer verantwortungsbewussten Stadtverwaltung und nachhaltiger städtischer Entwicklung [...] Mit dem 21. Jahrhundert hat das "Jahrtausend der Städte" begonnen." (Kofi Annan 2000, Urban21: Global Conference on the Urban Future)

Mit ihrer gemeinsamen Geschichte stehen die Städte auch vor gemeinsamen Herausforderungen: wirtschaftlicher Strukturwandel, demografischer Wandel, Klimawandel erfordern ein radikales Umdenken. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert ist **integrativ, kooperativ und nachhaltig**.

Die EU kann und sollte diese Entwicklung aktiv auf allen die Stadtentwicklung berührenden Politikfeldern unterstützen, auch wenn sie keine unmittelbare Kompetenz in der Stadtentwicklungspolitik hat. Ohne das Engagement der Städte und ihrer Bewohner/innen kann keiner der Beschlüsse auf nationaler oder europäischer Ebene, sei es zu Wachstum und Beschäftigung (Lissabon-Strategie) oder zum Umwelt- und Klimaschutz (Göteborg-Strategie) umgesetzt werden. Wenn die Idee des „Europas für ihre Bürger und Bürgerinnen“ unabhängig vom regionalen Standort oder sozialer Stellung gilt, ist es eine gemeinsame politische Aufgabe aller Mitgliedsstaaten, dass jedem/jeder vergleichbare Chancen eingeräumt werden ohne gleichzeitig zu riskieren, dass die nachfolgenden Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Die Europäische Union hat sich in Artikel 158 des Europäischen Vertrages verpflichtet, die Mitgliedsstaaten dabei zu unterstützen. Dabei stehen benachteiligte Gebiete, im Vordergrund, um den ökonomischen, sozialen und territorialen Zusammenhalt herzustellen.

Das Europäische Parlament hat mit Unterstützung der GRÜNEN/EFA-Fraktion dafür gesorgt, dass integrierte Stadtentwicklungsprojekte seit 2007 auch im Mainstream der Strukturfonds gefördert werden können. Im Mittelpunkt stehen dabei Stadtviertel, die soziale Brennpunkte darstellen, nicht nur in Großstädten, sondern auch in auch in mittleren Städten. Das Europäische Parlament hat in diesem Prozess den Bürgern und Bürgerinnen eine aktive Rolle zugeschrieben. Sie sollen ihre Stadtviertel nach ihren Bedürfnissen mitgestalten können. Bürgerinnen und Bürger und Kommunalverwaltungen unterstützen dies.

Seit einigen Jahren sind verschiedene ineinander greifende Entwicklungen sichtbar: Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunalverwaltungen verabschiedeten 2007 das Leipzig Memo und fordern, dass die Umsetzung integrierter Stadtentwicklungskonzepte auf der Basis starker lokaler Partnerschaften zum Qualitätsstandard in den europäischen Mitgliedsländern erhoben wird.

Auch die Minister der EU 27 haben gehandelt und im gleichen Jahr die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet. Der Kallenbach-Bericht an das Parlament zum „Follow-up der Leipzig Charta“ enthält konkrete Umsetzungsvorschläge.

Unsere Fraktion sollte auf der Grundlage dieses Positionspapiers die anstehenden Diskussionen und Aktionen im Politikfeld Stadtentwicklung aktiv mitbestimmen.

Europäische Förderprogramme sollen Stadtentwicklung steuern

Das wichtigste Steuerungsinstrument der EU ist die Verbindung von Politik und Geld: die Bereitstellung der Struktur-, Kohäsions- und Sozialfonds oder das Forschungsrahmenprogramm.

a) Benachteiligte Stadtteile

- Viele europäische Städte sind geprägt von Disparitäten zwischen prosperierenden und benachteiligten Stadtteilen. Die „Wohlhabenden“ konzentrieren sich ebenso in bestimmten Wohnlagen wie die Benachteiligten (Sozialhilfeempfänger, Migranten). Die benachteiligten Stadtteile sehen sich in einer Abwärtsspirale – es überlagern sich städtebauliche Defizite, soziale Konflikte, wirtschaftliche Schwächen. Deshalb ist die integrierte Stadtentwicklung zum Bestandteil des ökonomischen und sozialen Zusammenhalts erklärt worden. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit den Europäischen Strukturfonds für die integrierte Stadtentwicklung einzusetzen.

Wir fordern deshalb:

- i. Die benachteiligten Stadtteile müssen auch mit Europäischen Fördermitteln stärker gefördert werden. Grundlage des Mitteleinsatzes soll ein langfristig angelegtes integriertes und partizipatives Konzept sein.
- ii. Die Entwicklung von Stadtteilen erfordert ein abgestimmtes Handeln aller Ebenen (EU, Mitgliedsstaaten, Regionen) und das sinnvolle Ineinandergreifen von Förderprogrammen (EU und national).

b) Nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung

- Mit der Einführung der „städtischen Dimension“ geht die Stadtentwicklung aus der Testphase mit URBAN I und II in die Regelförderung im EFRE über. Die gültige EFRE-Verordnung stellt es den Mitgliedsstaaten anheim diese Option zu nutzen oder auch nicht. Der Vlasak-Bericht (Juli 2008) macht deutlich, dass das Prinzip der „Freiwilligkeit“ dazu geführt hat, dass die Mitgliedsstaaten der städtischen Dimension nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen.
- Die Stadt – das ist mehr als die Architektur und Straßen. Dazu gehören die lokale Ökonomie, Bildung, Sport und Kultur, natürliche Freiräume, Umwelt und Klimaschutz. Sektorale Politik ist nicht nur nicht zukunftsfähig – sie ist zudem auf lange Sicht für den Steuerzahler ein teures „Vergnügen“. Nachhaltige Stadtentwicklung fordert sektorübergreifendes, ganzheitliches und langfristiges Denken und Handeln.
 - i. Nachhaltige Entwicklung ist noch immer schwer operationalisierbar. Hilfreich für die Städte und Gemeinden wären eine methodische Anleitung zur praktischen Umsetzung ebenso wie Indikatoren zur Bewertung der erreichten Nachhaltigkeit (mit sozialen und kulturellen, ökonomischen und ökologischen Kriterien, z.B. Energieverbrauch, ÖPNV-Anteil etc.)
 - ii. Integratives Handeln ist insbesondere in den neuen Mitgliedsstaaten stärker zu fordern und zu fördern. Der Einsatz von EU-Mitteln für die Erschließung randstädtischer Neubaugebiete (anstelle der Sanierung der Kernstädte) scheint angesichts der auch dort erkennbaren demografischen Prozesse nicht sinnvoll.
 - iii. Das Kriterium „integrativ“ sollte auch Maßstab für das Zusammenwirken der Förderprogramme sein. Die Fonds sollten so ausgerichtet werden, dass sie sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken und die Projektumsetzung erleichtern, statt sie zu erschweren (Stichwort: Doppelte Antragstellung bei EFRE und ESF).

- iv. Nachhaltige Städte brauchen **Stadt-Umland-Beziehungen** die auf einem fairen Austausch von Leistungen beruhen und regionale Kreisläufe nutzen. Städte, die sich auf Kosten ihrer Umlandgemeinden profilieren sind ebenso wenig zukunftsfähig wie „Speckgürtel“, die die urbanen Zentren veröden lassen.
- Städte im grenznahen Raum sollten stärker dabei unterstützt werden, beim Umbau ihrer wirtschaftsnahen, sozialen und technischen Infrastruktur zu kooperieren und bei gemeinsamem Bedarf auch gemeinsam zu investieren. Die europäischen Förderprogramme bieten dafür unzureichende Möglichkeiten.

Wir fordern:

- i. Mit dem europäischen Budget sollen ausschließlich Projekte auf der Basis integrierter Stadtentwicklungskonzepte gefördert werden.
- ii. Die „städtische Dimension“ braucht ab der Halbzeitbewertung, spätestens für die Post-2013-Kohäsionspolitik eine Kursänderung im Interesse einer Verbindlichkeit der Vorgaben der Kommission.
- iii. Die Übertragung des Managements der Fördermittel auf die lokale Ebene muss eingefordert werden.
- iv. Die Kommission sollte die Mitgliedsstaaten dazu anhalten, das lt. Programm mögliche Zusammenwirken der Fonds zu nutzen und nicht mit „administrativer Kleinstaaterei“ zu verhindern.
- v. Die Förderprogramme sollten die interkommunale Kooperation von Städten bei Planung, Bau, Sanierung und Rückbau von technischer und sozialer Infrastruktur erleichtern.

c) **Klima und Energie**

- Auch angesichts der Krise am Finanzmarkt darf die Klimapolitik nicht an Priorität verlieren – im Gegenteil. Bessere Energieeffizienz und eine klimafreundliche Wirtschaftsweise spart Geld, verringert die Abhängigkeit von Importen und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze in dieser kritischen Zeit.
- Achtzig Prozent der natürlichen Ressourcen werden in Städten verbraucht. Städte verursachen einen sehr großen Teil der globalen CO₂-Emissionen. Städte und Gemeinden können und müssen Schrittmacher im Klimaschutz werden. Sie haben enorme Einsparpotenziale im Energiesektor, im Verkehr, im Städtebau, in der Flächenpolitik – bis hin zur Unterstützung von Bürgerinitiativen und ökonomischen Innovationen. Der Austausch von Know How und geeignete Förderstrukturen sollen die Kommunen unterstützen, ihre Möglichkeiten als Akteure im Klimaschutz zu nutzen.
- Die Folgen des Klimawandels wie Hochwasser, Waldbrände, Anstieg des Meeresspiegels etc, werden Städte in Europa in unterschiedlicher Stärke betreffen. Die städtischen Gebiete brauchen eine präventive Raumplanung, die Risiken und Schadenspotenziale reduziert.
- Die Potentiale der Erneuerbaren Energien sind in noch großem Maße unerschlossen. Bisher ist z.B. in Deutschland nur ein Bruchteil der technischen Anlagen im Wärmebereich (10% von 17 Mio Anlagen) auf dem Stand der Technik und verbindet moderne Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien (z.B. Solarthermie, Geothermie, Biomasse).
- Wir fordern:
 - i. ... auf Energiesparen ausgerichtete europäische Rahmenbedingungen, die für Verbesserungen im kommunalen Mobilitätsmanagement, in der Stadtplanung, bei Energiedienstleistungen sowie bei der Einführung angepasster Technologien sorgen.

- ii. ... geeignete Förderung und Anreizsysteme für das Energiesparen bei der Beheizung bzw. Kühlung von Gebäuden. Damit können Haushalten und Kommunen einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die EU soll dazu in vielfältiger Weise beitragen: mit ihren eigenen Förderprogrammen und mit der Akzeptanz nationaler fiskalischer Anreizsysteme.
- iii. ... europaweit einheitliche Standards zur Orientierung der Verbraucher (wie das Labelling mit ABCDEFG auf Elektrogeräten und vielen anderen Gebrauchsgütern) in allen Mitgliedsstaaten angewendet werden.
- iv. noch in der aktuellen Förderperiode eine Initiative der Kommission, die eine Überprüfung der Operationellen Programme auf Klimarelevanz vorsieht.

d) Verkehr: Stadt und Umland

- Der Verkehr in den Städten ist für 70% aller klimaschädlichen Emissionen verantwortlich. Außerdem verursachen verkehrsbedingte Umweltbelastungen erhebliche gesundheitliche Schäden. Um die Attraktivität der Städte zu stärken, müssen wir uns für die Stadt der kurzen Wege, einen modernen öffentlichen Nahverkehr sowohl innerhalb der Stadt als auch für die Anbindung des Umlandes mit der Stadt einsetzen. Nur so kann der Dominanz des motorisierten Individualverkehrs begegnet werden.
- Unter dem Aspekt des demografischen Wandels müssen Städte den Mobilitätsbedürfnissen von älteren Menschen wie auch Kindern gerecht werden. Dazu gehören sichere Fuß- und Radwege, Tempo 30 in Wohngebieten und ein für alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugänglicher und bezahlbarer Öffentlicher Verkehr.
- Eine große Belastung für die Bewohner der Städte ist der Güterverkehr. Nur die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene kann diese Belastung sowohl für die Stadt als auch für das Umland deutlich reduzieren. Der Ausbau der Bahn-Infrastruktur in allen europäischen Mitgliedsstaaten erfordert eine weitsichtige europäische Verkehrspolitik.
- Wir fordern
 - i. ... die Unterstützung nachhaltiger kommunaler Mobilitätsstrategien sowie Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -verlagerung sowie Effizienzsteigerung.
 - ii. .. Vorfahrt für klimaneutrale Antriebe, d.h. die schnellere Einführung sparsamer und effizienter Antriebssysteme im PKW-Verkehr
 - iii. ... europäische Maßnahmen zur Verbesserung und zum Ausbau der Bahn-Infrastruktur, um den Güterverkehr effektiv auf die Schiene zu verlagern.

e) Wirtschaft

- Städte leben von der Dichte und Nutzungsmischung. Die Vielfalt des Einzelhandels in den Innenstädten trägt nicht nur zur Versorgung der Bewohner/innen sondern auch zur Faszination einer Stadt bei. Leider haben Shopping Malls in Randlagen erheblich dazu beigetragen, dass kleinere Läden, vor allem Lebensmittelgeschäfte, in den Kernstädten sterben. Wir müssen uns dafür stark machen, dass Städte und Gemeinden ihre Steuermöglichkeiten nutzen, um die Stadt- und Stadtteilzentren als Handelsstandorte zu stärken und einen fairen Wettbewerb zu sichern.
- Städte sind zentrale Wirtschaftsstandorte. Die vielen Klein- und mittelständischen Unternehmen in der Stadt als auch im Umland sorgen für einen lebendigen und differenzierten Arbeitsmarkt wie auch für Ausbildungsplätze. Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sollten die Unternehmen in

ihrer Innovationsstärke und Leistungsfähigkeit aktiv fördern, z.B. durch die Unterstützung von Unternehmensnetzwerken.

- Die Kreativwirtschaft ist das am stärksten wachsende Wirtschaftssegment. Wir sollten diskutieren, welche Auswirkungen das für die Stadtentwicklung als auch für die Beziehung Stadt-Umland bzw. ländliche Siedlungen *hat*: Ist die Entwicklung der Kreativwirtschaft ein Anzeichen der Renaissance des Urbanen, ein gesellschaftspolitischer Anspruch oder ein pfiifiger Werbeslogan? Fakt ist: Die Entwicklung der Kreativwirtschaft stellt die Stadtplaner vor neue Aufgaben, sie haben neue, differenzierte Ansprüche miteinander zu versöhnen und brauchen dafür neue Steuerungsinstrumente. Die Förderung der Kreativwirtschaft ist ein Querschnittsthema und umfasst Fragen der sozialen und Bildungsgerechtigkeit: Kreative Stadt erfordert „Kreativität für alle“, d.h. die Förderung menschlicher Talente unabhängig vom Einkommen.
- Wir fordern:
 - i. ... dass die Strukturförderung mit der Wirtschaftsförderung verknüpft wird und so eine integrierten Stadtpolitik möglich wird.
 - ii. .. dass die Potenziale und Interessen der lokalen Klein- und mittelständischen Wirtschaft stärker wahrgenommen und ihre Entwicklung effizient gefördert wird
 - iii. ... dass die Kreativität fördernde Rahmenbedingungen verbessert werden, z.B. Bildungszugang, Chancengleichheit für Migranten bei Bildung und Ausbildung

f) Demografischer Wandel - *Schrumpfung* / *Stadtumbau*

- Die traditionelle Siedlungsweise mit dem bekannten Phänomen der Suburbanisierung stammt aus der Zeit des Glaubens an die grenzenlose Verfügbarkeit von Ressourcen. Wachstum heißt immer noch Wachstum in Beton und Fläche. Im Zuge der Schrumpfung werden die Einfamilienhaus-Siedlungen in Randlage zum Problem: ihr Wert verfällt, sie sind keine verlässliche Altersvorsorge mehr.
- Die öffentliche Hand spielt die Schlüsselrolle bei der Steuerung der Flächennutzung. Ein Schlüssel zur Reduzierung des Flächenfraßes liegt in der Finanzpolitik: die Folgekosten der Siedlungsexpansion werden im Bodenpreis nicht abgebildet.
- Wir fordern:
 - i. ... eine ökologische Reform der finanziellen Grundlagen, die die Siedlungsentwicklung steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer etc. – nationale Differenzierungen?)
 - ii. ... die Entwicklung im Bestand und Flächenexpansion vermeiden. Wer auf der Grünen Wiese baut, darf keine öffentliche Unterstützung genießen – auch nicht wenn er oder sie dort ein „Ökohaus“ baut.
 - iii. ... die Ausweisung von Naturräumen in den Städten und Maßnahmen zur deren Schutz z.B. durch die Umsetzung von Natura 2000-Maßnahmen.
 - iv. ...die Aufhebung der Trennung von städtischen Räumen als Arbeitsort einerseits und dem Umland zum reinen Wohnzweck andererseits und somit die Entwicklung beider Räume als soziale und wirtschaftliche Lebensräume.

g) *Good Governance* - Grundsatz Partnerschaftsprinzip: Teilen von Macht!

- Notwendig sind radikale Veränderungen im Denk- und Handlungsansatz auf europäischer, nationaler und städtischer Ebene. Unser Credo ist das Partnerschaftsprinzip, das heißt letztlich Teilen von Macht. Das beginnt mit der Bürgerbeteiligung bei der Planung und Projektauswahl vor Ort und schließt ein, dass die Repräsentanten der Städte und Gemeinden *und des Umlandes* auf allen Ebenen an der Planung und Umsetzung der Stadtentwicklungspolitik als Partner und Praktiker ernst genommen und beteiligt werden.
- Wir fordern
 - i. ... dass die Verwaltungen von Städten und Gemeinden sich als dienstleistungsorientierte und bürgerfreundliche Kommunen verstehen und entsprechende Angebote unterbreiten
 - ii. ... dass die Bürgerinnen und Bürger intensiver in die demokratische Mitbestimmung kommunaler Angelegenheiten einbezogen werden - bis hin zum Instrument des Bürgerhaushalts
 - iii. ... dass die ländlichen Regionen auch bei der Stadt- bzw. Raumplanung miteinbezogen werden: Ohne nachhaltiges Gesamtkonzept, das auch die ländlichen Regionen einbezieht, werden auf dem Lande gewachsene Strukturen vernachlässigt. Auch hier muss für die Zukunft die Möglichkeit bestehen und gefördert werden, Wohn- und Arbeitsraum zusammen zu verwirklichen. Es bedarf einer Symbiose zwischen städtischem und ländlichem Raum.
 - iv. ... dass die Kommunen intensiv dabei unterstützt werden, indem sie durch Vernetzung und den Austausch von Erfahrungen und den Transfer und Know-how diese Ziele effektiv umsetzen.